**Zeitschrift:** Rote Revue : sozialistische Monatsschrift
**Herausgeber:** Sozialdemokratische Partei der Schweiz
**Band:** 9 (1929-1930)
**Heft:** 8

**Artikel:** Die politische Lage in Belgien
**Autor:** Allard, Jean
**DOI:** https://doi.org/10.5169/seals-330255

**Nutzungsbedingungen**
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

**Conditions d'utilisation**
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

**Terms of use**
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

**Download PDF:** 12.07.2025

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch**

der Gewählten erst im vorgerückteren Alter in die eidgenössische Regierung eintritt. Unsere Tabelle gibt in der neunten Spalte an, welches Alter der neugewählte Bundesrat im Zeitpunkt seiner Wahl aufwies, wobei wir auf ganze Jahre auf- und abgerundet haben.

Insgesamt kommt man auf ein *Durchschnittsalter von 48 Jahren* im Zeitpunkt der Wahl. Am ältesten waren bei der Wahl der Genfer *Ador* mit 71½, *Chuard* mit 62, *Meyer* mit 60, der katholisch-konservative Luzerner und Nachfolger Zemps, *Schobinger*, mit fast 59½, *Ludwig Forrer*, der «Löwe von Winterthur», mit 58, *Zemp*, der erste katholisch-konservative Bundesrat, mit 57 und der Solothurner *Josef Munzinger*, der zur ersten Equipe gehörte, mit ebenfalls 57 Jahren. Mit einem bundesrätlichen Jünglingsalter bestiegen den Thron *Numa Droz* mit 32, *Fornerod*, der zweite Waadtländer Bundesrat, mit 35, der Berner *Jakob Stämpfli* mit ebenfalls 35, der erste bernische Bundesrat und einstige Freischarenhäuptling *Ochsenbein*, *Cérésole* und *Borel* mit je 37 und die beiden Waadtländer *Ruffy* und *Pilet-Golaz* sowie der *Zürcher Dubs* mit je 39 Jahren.

Gliedern wir einzelne Gruppen von Altersjahren, so erhalten wir folgendes Bild:

| | | | | |
|---|---|---|---|---|
| im Alter | bis zu | 39 | Jahren | 9 |
| » » | von | 40—44 | » | 9 |
| » » | » | 45—49 | » | 11 |
| » » | » | 50—54 | » | 16 |
| » » | » | 55—59 | » | 4 |
| » » | » | 60 | und mehr Jahren | 4 |

Da die Gruppen von 45 bis 49 Jahren mit 11 und diejenige von 50 bis 54 mit 16 Bundesräten die größte Besetzung aufweisen, darf man das Jahrzehnt von 45 bis 54 Altersjahren als die «bundesrätlichen Mannesjahre» bezeichnen.

---

# Die politische Lage in Belgien.

Von *Jean Allard*, Jupille, Belgien.

Vielleicht ist es etwas spät, die Resultate der letzten belgischen Wahlen, die am 26. Mai 1929 stattfanden, heute zu kommentieren. Zahlenmäßig ist die parlamentarische Vertretung der belgischen Arbeiterpartei daraus etwas geschwächt hervorgegangen, dafür aber mit einer ganz erheblich verstärkten moralischen Bedeutung.

Unter dem Eindruck der Niederlage hatten wir gleich nach den Wahlen nur die Härte der Zahlen gesehen und zweifellos

eine ungenaue Einschätzung der politischen Lage vorgenommen.

Nach sechsmonatigen Parlamentsferien vermochte sich die Regierung im letzten November nur nach stattgefundener Ministerkrise dem Parlament vorzustellen. Trotz ihres Wahlerfolges sind unsere bürgerlichen Gegner unfähig, zu regieren. Ihr Sieg entpuppt sich immer mehr als trügerisch. Ihr Haß gegen den Sozialismus hat neuerdings zum Zusammenschluß der Katholisch-Konservativen mit den Liberalen und den Christlichen Demokraten geführt. Wir werden sehen, wie lange das Experiment dauern wird und was für Früchte es zeitigt.

*

Man muß ziemlich weit zurückgehen, um die gegenwärtige Lage richtig zu verstehen.

1925, nach vier Jahren reaktionärer Regierungstätigkeit, trugen die Sozialdemokraten anläßlich der Parlamentswahlen einen glänzenden Erfolg davon. Trotz des Proporzes eroberten sie zehn Sitze, so daß unsere Vertretung von 68 auf 78 stieg.

Eine lang andauernde Ministerkrise brachte die Bildung des Kabinetts Poullet-Vandervelde, das von den Christlichsozialen und Sozialisten unterstützt wurde. Es handelt sich hauptsächlich um die Sanierung der finanziellen Lage des Landes, die durch die übertriebene Anleihepolitik der vorhergehenden Regierung in eine mißliche Lage geraten war. Dieses sogenannte «Ministerium der kleinen Leute» wurde unverzüglich auf das heftigste von den Machthabern des Kapitals angegriffen, welche zur gleichen Zeit in Frankreich die Regierung des Kartells von Herrn Herriot zu Fall brachten. Die Projekte der finanziellen Stabilisierung scheiterten, das Land ging dem Bankerott entgegen. Im Hinblick auf dieses Unheil waren die Schuldigen und Opfer gezwungen, sich zur Rettung des Landes zu vereinigen, und es entstand auf nationaler Grundlage das Kabinett Jaspar-Franqui, Vandervelde. Ihm gelang es, die Stabilisierung zu erreichen. Die Sozialisten unterstützten es ehrlich, sahen sich aber gezwungen, nach wieder hergestellter finanzieller Sicherung sich von den Bürgerlichen zu trennen, die sich weigerten, eine Politik kühner Verbesserungen mitzumachen. Wir hatten dann eine kirchlichliberale Regierung unter Führung Herrn Jaspars.

Die Sozialdemokratie, nun wieder Oppositionspartei, ging in den Wahlkampf von 1929 voller Vertrauen in das Ergebnis. Als sofort in Kraft zu tretende Reformen verlangte sie vor allem: Verkürzung des Militärdienstes von einem Jahr auf sechs Monate, die Sozialversicherungen, die in Belgien noch nicht bestehen, und neunjährige Pachtverträge für die Bauern. Fürwahr

ein schönes Wahlprogramm. Aber wir hatten nicht mit der Böswilligkeit unserer Gegner gerechnet.

Wir hatten uns vorgenommen, den Verantwortlichen des finanziellen Tiefstandes des Landes von 1926 den Prozeß zu machen. Statt dessen machte man *uns* den Prozeß. Ueberall trafen wir auf Verleumdung und Angst. Die Bürgerlichen, die Unsummen für den Wahlkampf auswarfen, schwärzten uns überall als die Verantwortlichen für das Sinken des Frankens an. Ihre Zeitungen, ihre Wahlbroschüren, ihre Plakate wiederholten bis zur Langeweile: Wenn ihr den Sozialisten die Mehrheit läßt, wenn ihr den demokratischen Vorstoß von 1925 erneut geschehen läßt, dann könnt ihr sicher sein, daß der Franken auf Null fällt. Mit den Sozialisten am Ruder nimmt der belgische Franken Reißaus.

Das Resultat der aufregenden Wahlkampagne, während welcher die Arbeiterklasse treuer als je zu uns stand, war für uns eine grausame Enttäuschung. Die schwankende Masse verängstigter Kleinbürger, Angestellter, Pensionierter, Bauern verließ uns ebenso vollständig, wie sie uns im Jahre 1925 vertraut hatte. Mit 78 Vertretern hatten wir das Parlament verlassen, mit 70 kehrten wir zurück.

Bei dieser Gelegenheit ist der triumphale Erfolg der «Frontpartij» zu erwähnen, deren Vertretung von sechs auf zwölf Sitze stieg.

Was ist das für eine Partei? Welcher Art ist ihr Programm? Schwer zu sagen. Sie vereinigt die extremen Flamen, welche die Autonomie Flanderns fordern, ja sogar dessen Wiedervereinigung mit Holland. In sozialer Hinsicht hat sie kein eigentliches Programm und vereinigt Reaktionäre und Demagogen. Der Großteil ihrer Wähler und Abgeordneten sind verirrte Schäflein der katholischen Partei. Es ist eine gänzlich regierungsfeindliche, antinationale Partei.

Der Erfolg der Frontisten erfolgte hauptsächlich auf Kosten der Katholiken, welche zwei Sitze verloren. Heute zählen sie noch 76. Die Liberalen, ebenfalls Sieger des Tages, haben fünf ihrer 1925 verlorenen zehn Sitze wieder erobert. Sie sind noch 28.

Die Kommunistische Partei war der große Besiegte des Tages, sie hat einen ihrer beiden Vertreter verloren. Der Proporz sichert ihr noch einen der 26 Sitze der Hauptstadt. Vielleicht ist das ein großes Glück für sie, da der einzige Vertreter sich nicht in Fraktionen spalten kann und die Einigkeit ihrer Vertretung zum mindesten gesichert bleibt.

Die deutschen Autonomisten der annektierten Bezirke Eupen, Malmédy, Saint-Vith haben keinen Sitz in der Kammer erobert, sie haben aber die Stimmenmehrheit in den annektierten Territorien und drei Mandate im Provinzialrat.

Hier folgen die Wahlzahlen des ganzen Landes:

| | Stimmen | Vertreter in der Abgeordnetenkammer |
|---|---|---|
| Katholiken | 841,555 | 76 |
| Sozialisten | 803,349 | 70 |
| Liberale | 374,995 | 28 |
| Frontisten | 139,795 | 12 |
| Kommunisten | 43,271 | 1 |
| Deutsche | 8,049 | 0 |
| Trotzkiisten | 7,237 | 0 |

Im Senat besitzen die Katholiken 71 Sitze, die Sozialisten 55, die Liberalen 23, die Frontisten 4. Da die Frontisten in allen religiösen und Schulfragen mit den Katholiken stimmen, haben diese beinahe die Mehrheit.

Wir haben die Zahlen in all ihrer Brutalität wiedergegeben. Sie zeigen einen ernsten sozialistischen Rückgang. Kommt dieser Tatsache eine eigentliche Bedeutung zu? Heute können wir ohne Zögern mit Nein antworten.

Der gouvernementale Block zählte vor den Wahlen 101 Abgeordnete. Heute zählt er deren 104. Die Klerikalen verlieren zwei Sitze, die Liberalen erhalten fünf, ein magerer Gewinn von drei Sitzen. Trotz dieses Gewinns ist der Block noch schwächer als vorher, weil sich Aufgaben vor ihn stellen, in denen es unmöglich ist, die verschiedenartigen Elemente, aus denen er gebildet ist, zu vereinigen.

Die Liberalen glaubten, die großen Sieger des Wahlkampfes zu sein, aber sie sind nur die Hilfspartei der Klerikalen, welche ihnen alle Kompromisse, alle Verleugnungen aufbürden. Natürlich spielt sich das im gouvernementalen Haushalt nicht ohne Verärgerung, ohne Proteste und Lärm ab.

*

Das Parlament sieht drei wichtige Fragen von größter Dringlichkeit vor sich:

Die Sprachenfrage. Die Finanzfrage. Die Sozialversicherung.

### *Die Sprachenfrage.*

Der Sieg der flämischen Extremisten hat die Sprachenfrage an oberste Stelle gesetzt. Das Nebeneinander zweier Völker in Belgien: der französisch sprechenden Wallonen und der Flamen mit niederländischer Sprache, ganz ungerechnet die nach einigen Tausenden zählenden Deutschen, ergibt sehr ernste Probleme. Im Gegensatz zu der Schweiz ist Belgien ein zentralisiertes Staatswesen. Vor Einführung des allgemeinen Stimmrechtes spielte die Sprachenfrage im Parlament keine Rolle. Die hohe Bourgeoisie und der Adel, die allein das Stimmrecht besaßen,

sprachen sogar in Flandern französisch. Französisch war überall die herrschende Sprache. Die Bauern und flämischen Arbeiter konnten sich nirgends verständlich machen. Sie wurden in einer fremden Sprache verwaltet, verurteilt und im Militärdienst kommandiert. Diese peinliche Lage schuf eine beträchtliche Reaktion, die sich nach Aufhebung der Wahlprivilegien frei ausdrücken konnte.

Um den Flamen gerecht zu werden, dachte man an die Schaffung der Zweisprachigkeit in Belgien. Dieser namentlich den Brüsseler Zentralisatoren teure Vorschlag sah vor, Französisch in Flandern und Flämisch in Wallonien obligatorisch zu machen. Die Flamen wollten nichts davon wissen, die Wallonen noch weniger. Da man unter diesem Sprachenzwang litt, neigte man mehr und mehr zu der kulturellen Autonomie beider Völker, zur administrativen Dezentralisation, wodurch Flämisch die einzig offizielle Sprache in Flandern und Französisch die einzig offizielle Sprache in Wallonien sein sollte. Die Arbeiterpartei als einzig geschlossene in dieser Frage blieb bei dieser letzten Lösung. Ihr letzter Kongreß billigte den «Compromis des Belges», von den beiden Sozialistenführern flämischer und wallonischer Zunge, Camille Huysman und Jules Destrée verfaßt, welcher beide Parteien des Landes zu ihrem Recht gelangen läßt.

Vor Einberufung der Kammer hatte Herr Jaspar feierlich angekündigt, daß auch er eine Lösung zur Sprachenfrage bereit habe und daß das Jahr 1930, die Jahrhundertfeier belgischer Unabhängigkeit, das Ende des Kampfes bringen würde, welcher Flamen gegen Wallonen ausspielt.

Der Herr Premier war wirklich außerordentlich anmaßend. Anstatt die Gemeinsamkeit des Problems Wallonien-Flandern ins Auge zu fassen, wollte er es stückweise lösen. Anstatt die Initiative dem Parlament zu überlassen, wollte er den Anschein eines Regenten erwecken und ein Ministerprojekt vorlegen. Um den Flamen ein Pfand zu geben, hat er vor allem vorgeschlagen, die Universität Gent flämisch zu machen. Die Folge war ein großes Geschrei bei der Majorität.

Wir besitzen in Belgien zwei freie Hochschulen, Brüssel, Hochschule mit freiem Examen, und Löwen mit einer katholischen Universität, sowie zwei staatliche Hochschulen, Lüttich in Wallonien und Gent in Flandern. Alle vier haben Französisch als Verkehrssprache.

Die Flamen verlangen nachdrücklich die Flämisierung wenigstens von Gent. Das ist nur gerecht.

Schon 1923 kam ein Uebereinkommen zwischen den Parteien der Majorität zustande. In Gent schuf man ein gemischtes System, eine flämische Sektion mit zwei Drittel der Kurse in flämischer und einem Drittel derselben in französischer Sprache,

eine französische Sektion mit zwei Drittel der Kurse in französischer und einem Drittel in flämischer Sprache. Diese neue und lächerliche Betonung der Zweisprachigkeit vermochte niemand zu befriedigen. Heute wird Flämisch verlangt. Das obere Bürgertum und der flämische Adel können sich nicht darein finden. Ihre Kinder bilden den Großteil der Schülerzahl höherer Schulen und sehen, wie Französisch als Verkehrssprache beibehalten wird. Die Demokraten aller Parteien widersetzen sich diesem Zustand. Es ist nicht gut, wenn sich die Aristokratie willentlich abseits des flämischen Volkes stellt und dessen Sprache systematisch ablehnt. Anderseits fühlen sich die Söhne von Arbeitern und Kleinbürgern, welche Flämisch als Muttersprache sprechen, bei ihrem Eintritt in die Hochschule benachteiligt, wenn die Sprache derselben Französisch ist.

Die Hauptgegner der Verflämung finden sich sichtlich bei den Liberalen, deren Wählerschaft sich fast ausschließlich aus Bürgerlichen rekrutiert. Unter dem Vorwand der Verteidigung des Vorrechtes französischer Sprache, nationaler Eigenart usw. verlangen sie unter allen Umständen die Erhaltung einiger französischer Kurse.

Wegen der Aufrechterhaltung der Parteieinheit sind die Katholiken zu jeder Konzession bereit.

Die Opposition eines großen Teils der Liberalen hat schon vor Zusammentritt der Kammer den Abgang des Ministers Jaspar hervorgerufen. Die liberalen Minister wagten nicht, das Projekt des Premiers mit zu unterzeichnen und dieser mußte seine Demission erklären. Die Krise war da, die Liberalen, erschreckt ob ihrer unabhängigen Geste, fürchteten, zu klar die Unfähigkeit der Regierung bürgerlicher Parteien enthüllt zu haben und kapitulierten. Man sagt auch, daß es ihnen vor allem um die Sicherung des von der Regierung ausgehenden Votums betreffend die Steuervorschläge — Entlastung der großen Einkommen — zu tun war, denn die Liberale Partei ist auch die Partei der Hochfinanz.

Nach einigen kritischen Tagen wurde das Kabinett Jaspar auf derselben Basis wie das vorhergehende wieder errichtet, und nun hat es sich endlich der Kammer vorgestellt. Diesmal haben die liberalen Minister den Antrag des Ministeriums mitunterzeichnet. Was für eine Belohnung ist ihnen für ihr Mitgehen zuteil geworden? Nichts oder so gut wie nichts. Versprechungen bezüglich der Reorganisation des Unterrichts an Primar- und Mittelschulen, welche Frage zur Untersuchung einer Kommission überwiesen wurde. Man versucht die Reglementierung des Unterrichts, indem man den pädagogischen Notwendigkeiten und den Freiheiten des Familienvaters Rechnung trägt, Dinge, welche oft nicht zu vereinigen sind. Ein Prinzip schließt das

andere aus. An der Universität von Gent überläßt man ihnen einige fakultative Kurse. Das Gesetz betreffend Flämisierung ist gegenwärtig dem Parlament unterbreitet und es wird nicht verfehlen, lebhafteh Debatten zu rufen.*

*

Die Regierung hat ebenfalls ihre Vorschläge, den Fiskus betreffend, gemacht. Sie vermitteln einen interessanten Einblick in die reaktionären Tendenzen unserer obersten Behörden. Zur selben Zeit, als der Minister der «Union nationale» im Jahre 1926 den Franken stabilisieren sollte, wurden für die Dauer von vier Jahren außerordentliche Steuern angenommen, deren Betrag auf 1,5 Milliarden geschätzt wird. Sie waren für den Amortisationsfonds bestimmt.

Nach Ablauf dieser vier Jahre befürworteten bedeutende Oekonomen, wie Ansiaux, die Fortsetzung der beschleunigten Amortisationspolitik der Schulden, aber die Bürgerlichen gingen in die Wahlen mit dem Kampfgeschrei: «Herunter mit den Steuern!», und so wurden diese weisen Vorschläge nicht befolgt.

Die Regierung hat einen Steuererlaß von 1,5 Milliarden beschlossen, aber anstatt alle speziellen Steuern von 1926 zu streichen, hauptsächlich die Lebensmittelsteuern, will sie die Einkommenssteuern untergraben, indem sie ihren wichtigsten Bestandteil streicht: die Progression.

Wir in Belgien haben eine einzigartige Regierung. Sie stellt fest, daß die Einkommenssteuerprogression nicht einen vollen Ertrag gibt wegen zahlreicher Betrügereien. Anstatt aber die Steuerbetrüger gerichtlich zu verfolgen, behauptet sie, die Steuerschnüffelei müsse ein Ende haben, und beschließt Streichung der auf Grund der Einkommenssteuererklärung erhobenen Zuschlagssteuer und deren Ersatz durch die «taxe indiciaire», welche auf die äußeren Zeichen des Reichtums aufgebaut ist, wie Dienstboten, Mägde, Autos usw. Die Folge davon ist, daß die Herren Konservativen damit den 2500 reichsten belgischen Steuerpflichtigen ein Geschenk von 350 Millionen machen. Der reichste unverheiratete Bankier, der im Hotel lebt, wird also keinen Rappen Steuer zu bezahlen haben! Während man in der ganzen Welt die Einkommenssteuer allgemein einführt, sabotiert man in Belgien deren Anwendung. Aber noch ist nichts getan. Wenn diesmal die Liberalen befriedigt sind, so sind es doch die katholischen Demokraten nicht, die

* Seitdem dieser Artikel niedergeschrieben worden ist, hat die belgische Abgeordnetenkammer die *Flämisierung der Genter Universität nahezu mit Einstimmigkeit beschlossen.* Die Regierung hat damit freilich nicht alle Schwierigkeiten überwunden, denn es bleiben wichtige Sprachenfragen zu lösen, und es ist kaum zu hoffen, daß dies, wenn man erst so weit ist, mit gleicher Einhelligkeit geschehen werde. Der Verfasser.

das Urteil ihrer Wähler einigermaßen fürchten. Die Uebereinstimmung der Majoritätsparteien ist noch nicht erreicht.

*

Endlich, um alle Sorgen der Regierung zu erwähnen, so besteht auch noch die in Belgien ungelöste Frage der Sozialversicherung. Der Minister präsentiert uns ein Projekt, welches sowohl die Sozialisten als die Anhänger aller Schattierungen der Versicherungen auf Gegenseitigkeit als ungenügend erachten, um so mehr, als die vorgesehenen gewaltigen Steuererleichterungen dessen Anwendung vor Ablauf einiger Jahre unmöglich erscheinen lassen.

Zu den größten Schwierigkeiten, mit denen die Regierung zu kämpfen hatte, ist noch ein großer Finanzskandal gekommen, der ihrem Ansehen geschadet hat.

Einige Minister, die das Gefühl für Schicklichkeit verloren haben, haben ihre Stellung als Verwaltungsräte von Aktiengesellschaften weiter behalten. 6 davon sitzen in 46 Verwaltungsräten. Herr Heutard, Finanzminister, ist der unbestrittene Führer der Bank von Brüssel, der größten belgischen Bank unmittelbar nach der Société générale. Herr Tschoffen, Christlichsozialer, Kolonialminister, stand an der Spitze der Banque Chaudoir von Lüttich. Sie machte Bankerott und Herr Tschoffen mußte seine Demission geben. Das kennzeichnet Regierung und Regime!

Die belgische Arbeiterpartei bereitet sich kampflustig und hoffnungsvoll in bezug auf den Ausgang zum Kampf mit dem konservativen und kapitalistischen Block vor. Wenn sie alle Kräfte der Arbeit um sich schart, muß ihr der Sieg über die Geldherrschaft gelingen!

---